

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.- für Selbstabholer 1.90 Mk. - Durch die Post bezogen 2.- Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. Postfachkonto: Leipziger Buchdruckerei N. G., Leipzig Nr. 534 77	Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72206. - Verlag in Leipzig: Tauchaer Straße 19/21 - Telefon 72206	Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonnenbreite 35 Pfg., bei Plakatgröße 40 Pfg. Stellenangebote 10 Spalte, Kolonnenbreite 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 Spalte, Kolonnenbreite mit 50% Nachsch. Reklamespalte 2 Mk. Inserate v. a. u. m.: die 10. Spalte, Kolonnenbreite 40 Pfg., bei Plakatgröße 50 Pfg., Reklamespalte 2.25 Mk.
--	--	---

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Abteilungsstellen und alle Postämter entgegen

Wasche mit Stalin

Das beste Reinigungsmittel für die „Korruptionspartei“

Was ein Mitglied der KPD-Zentrale erklärt

„Korruptionspartei Thälmann“, so schreibt es dem Leser in vielen Leitern auf der ersten Seite des Volkswillens entgegen. Und Urbahn, der Herausgeber und Redakteur, weiß Bescheid, denn er hat jahrelang in diesem Verbandsmitglied. Die Stalinseife hat Wunder getan. Kein Kind, kein Engel ist so rein, wie Tebbdy, der die Unterschlagungen in der Bezirksleitung der Hamburger KPD bemängelt hat. In dem Urteilspruch des Ekki wurde gesagt, daß Thälmann die Unterschlagungen Wittorfs nur verschwiegen habe, weil er vermeiden wollte, daß diese Vorfälle von der „Bourgeoisie und der Sozialdemokratie“ ausgenutzt werden könnten.

Am 20. April wurden die Unterschlagungen Wittorfs festgestellt. Man versteht allenfalls, daß man die Wahlkampagne am 20. Mai damit nicht belasten wollte, aber die Zentrale der KPD hat sich erstmalig am 27. September damit beschäftigt, also fünf Monate nachdem die Unterschlagungen Tebbdy Thälmann bekanntgeworden sind. Kein Wunder, daß diese Tatsache in den Kreisen der Zentrale härteste Entrüstung gereizt hat. Wie bekannt, haben nicht alle Mitglieder der Zentrale den seinerzeitigen Beschluß auf Enthebung Thälmanns von seinen Funktionen zugestimmt. Von dem Pol.-Sekretär Hausen aus Breslau wurde der Ausschluß Thälmanns aus der KPD verlangt. Wir betonen ausdrücklich, daß dies von einem Mitglied der Zentrale geschah und alle Vertreter in dieser Korporation müssen die Sanktion des jeweiligen Vorsitzenden finden. Demzufolge hat also eine seiner eigenen „Kreaturen“ - wie es in der Terminologie der Kommunisten heißt - den Ausschlußantrag gegen Tebbdy Thälmann gestellt. Hausen hat darum der seinerzeitigen Entscheidung nicht zugestimmt. Er hatte eine Erklärung formuliert, die also lautete:

1. Ich habe dem Beschluß des Pol. Bureau nicht meine Zustimmung geben können, da er nicht weitgehend genug ist. Aus den Verhandlungen des ZK und aus dem Bericht des Genossen Oberlein geht einwandfrei hervor, daß
2. Thälmann von der Unterschlagung seit mindestens im Monat Mai wußte und dies verschwiegen.
3. Thälmann beim Ausschlußantrag und beim Ausschluß des Kandidaten Dehmel durch Wittorf wußte, daß nicht Dehmel, sondern der Antragsteller Wittorf der Dieb am Parteieigentum ist. Trotzdem schwieg Thälmann.

3. Thälmann wußte bereits beim letzten Austritt Wittorfs im ZK und bei der Verletzung des Genossen Stephan nicht nur, daß Wittorf ein Schuft, sondern daß er Stephan nicht nur aus politischen Gründen aus seinem Wirkungskreis beseitigen wollte. Thälmann schwieg trotzdem noch.
4. Thälmann wußte, daß im Bezirk eine Untersuchungskommission zur Aufhellung der Unterschlagung Wittorfs eingesetzt war, und er schwieg noch immer.
5. Thälmann hat sogar der engsten Führung der Partei die Angelegenheit verheimlicht. Bei einer solchen Handlungsweise kann kein Parteimitglied der Beweggrund der Haltung Thälmanns gewesen sein; denn die Anerkennung eines solchen Beweggrundes bedeutet praktisch, daß die Mitteilungen an die Genossen Deugel, Ewert und Schneller das Parteinteresse schädigte.
6. Werden durch den Beschluß des ZK die Genossen Ecker, Nieß, Preßke, die systematisch die Unterschlagung verheimlichten, die Parteimitglieder belogen und eine Fraktionsbildung zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der an der Korruption Beteiligten durchgeführt haben, nicht aus der Partei ausgeschlossen, trotzdem festgestellt, daß der geringste Parteifunktionär wegen solcher Vergehen rüchlos aus der Partei hinausgeworfen würde.
7. Werden im Beschluß des ZK nicht die aus dem Vorfalle erforderlichen innerparteilichen Konsequenzen gezogen. Berlin, den 27. September 1928. Hausen.

Das also war das Urteil eines „Thälmannknechtes“, der nunmehr freilich vor dem Ausschluß steht. Aber Hausen steht bei weitem nicht allein. Die Rote Fahne bringt eine Resolution, die die Gesamtbezirksleitung Wasserkrante am 8. Oktober 1928 faßte. Dort werden in sechs Absätzen alle die Formeln wiederholt, die in dem Ekki-Brief zu finden sind. Bezeichnenderweise berichtet aber selbst die Rote Fahne, daß sich neben 35 Kommunisten, die für diese Resolution votierten, 16 Mitglieder der Gesamtbezirksleitung der Stimme enthielten, während einer den Mut aufbrachte, sich offen gegen die Entschädigung zu entscheiden. Ähnlich war das Stimmverhältnis bei der Amtsentsetzung des seitenden Redakteurs im Ruhr-Echo, über die wir gestern berichtet haben. Das Ruhr-Echo bringt eine Erklärung, in der unsere Mitteilungen durchaus bestätigt werden.

Die Thälmanngetreuen und alle, denen die Futtertöpfe mehr bedeutet als ihre innere Ueberzeugung, sind getreulich dem Ekki gefolgt. Das ist das Ergebnis der Stalinseife, die in Moskau so erfolgreiche Anwendung fand.

Sekte oder Bewegung?

Die Friedensgesellschaft am Scheidewege
Von Gerhart Seger, Dessau.

Die Nürnberger Tagung der Deutschen Friedensgesellschaft hat einen Verlauf genommen, der für die weitere Entwicklung die Deutsche Friedensgesellschaft vor die Entscheidung stellt, ob sie eine Bewegung bleiben oder sich zur Sekte degradieren lassen will. Vor diese Entscheidung ist die Friedensgesellschaft sowohl organisatorisch als auch politisch gestellt.

Es sei einmal von der grundsätzlichen Erörterung der Frage abgesehen, ob eine Friedensbewegung im politischen Leben Deutschlands überhaupt notwendig ist oder nicht. Einerlei, wie hoch man den Wert ihrer Tätigkeit einschätzen mag; es ist sicher, daß sie, von den notwendigen tatsächlichen Rücklagen politischer Parteien unbeschwert, als Vortrupp wirken kann und, z. B. im Kampfe gegen die schwarze Reichswehr und gegen den Elat der Reichswehr, auch gewirkt hat. Gerade wenn man aber die Friedensbewegung als einen an parteipolitische Erwägungen nicht gebundenen Vortrupp betrachtet, wie es etwa der Bund der Bodenreformer für seinen Aufgabekreis ist, so muß man der Friedensbewegung wünschen, daß sie über diejenigen Beziehungen zu den ihr nahestehenden politischen Parteien verfügt, die allein ihre Ziele erkämpfen können. Die Friedensgesellschaft kann nur eines von beiden: entweder sie bildet sich ein, ganz allein die Aufgaben einer kriegsgegnerischen Politik lösen zu können - dann muß sie folgerichtig zur Partei werden, Abgeordnete zu den Parlamenten entsenden und kann dann natürlich auf die übrigen Parteien pfeifen; oder sie will als eine Organisation, die die Fragen der Verwirklichung des Friedens gewissermaßen besonders sachkundig bearbeitet, anfeuernd auf die Parteien wirken - dann legt das eine Zusammenarbeiten der Friedensbewegung mit den republikanischen Parteien, besonders natürlich mit den Sozialdemokraten und Demokraten voraus.

Die energische und fortschrittliche Arbeit, die die Deutsche Friedensgesellschaft in den letzten Jahren auf ihrem Gebiet geleistet hat, brachte sie freilich oft in einen gewissen Gegensatz zu den offiziellen Parteileitungen, dafür arbeitete sie aber um so einhelliger mit den oppositionellen Teilen der Parteien zusammen. Nach der jüngsten Entwicklung ist auch diese Zusammenarbeit gefährdet. Der von einer starken Mehrheit gefasste Beschluß, sich an dem Volksbegehren der Kommunisten zu beteiligen, stellt die Deutsche Friedensgesellschaft in einen scharfen Gegensatz zu allen politischen Kreisen, mit denen sie bisher zusammengearbeitet. Dies ist um so mehr zu bedauern, als es den organisierten Sozialdemokraten, die aus ehrlicher pazifistischer Ueberzeugung mit Freude und Nutzen mit den zahlreichen geistig wertvollen Persönlichkeiten der Friedensgesellschaft zusammengingen, immer schwerer gemacht wird, sie weiter zu unterstützen. Man kann die Friedensgesellschaft ein außenpolitisches Reichsbanner nennen, im übertragenen Sinne natürlich; während aber das Reichsbanner für sein Gebiet der inneren Politik leider hinter den Parteien herhinkt und erst nach ihnen zu den einzelnen Fragen Stellung nimmt, versuchte die Friedensgesellschaft voranzugehen. Sie tat das zum Beispiel bei den großen Fragen der deutsch-französischen und der deutsch-polnischen Verständigung und versuchte auf die Fraktionen, die Leitungen und die Presse der Parteien fördernd einzuwirken. Diese gesamte Tätigkeit erfordert aber bei aller parteipolitischen Neutralität der Friedensgesellschaft ein gewisses Verständnis für die Politik und die parlamentarischen Möglichkeiten der großen Parteien; setzt sich dagegen die Friedensgesellschaft in einen absoluten, schroffen Gegensatz selbst zur Opposition der Parteien, dann verliert sie mit der Möglichkeit zur praktischen politischen Wirkung auch ihre Bedeutung als politische Bewegung und sinkt zur Sekte herab, zu einer kleinen Gemeinschaft innerlich vielleicht sehr glücklicher Menschen, die fest in dem Bewußtsein leben, den einzig wahren Ring zu haben. Der Beschluß der Friedensgesellschaft, gegen alle ihr nahestehenden Parteien mit den Kommunisten zusammenzugehen, führt sie dieser Gefahr weiter entgegen; hoffentlich gelingt es den politisch tätigen Mitgliedern ihres Präsidiums, diese Gefahr zu bannen, denn in dem Geburtslande des preussischen Militarismus hat die Friedensgesellschaft durchaus eine Aufgabe zu erfüllen.

Auch in den organisatorischen Beratungen zeigte sich die Gefahr einer Sektensbildung, die immer mit der Intoleranz und Intransigenz der herrschenden Richtung beginnt. Die Einzelheiten werden in der Öffentlichkeit nicht weiter interessieren; es genügt die Feststellung, daß im inneren Aufbau der Organisation ein immer stärkerer Zentralismus Platz greift, die Initiative für die Bewegung soll nicht mehr von den Mitgliedschaften und Ortsgruppen entfalten, sondern immer mehr den Landesverbänden und der Zentrale zugeschoben werden.

Wer der Ansicht ist, daß wir in Deutschland bei der starken militaristischen Tradition nicht nur der Politik, sondern selbst der Organisations- und Lebensformen eine denkbar weitgehende kriegsgegnerische Erziehung der Bevölkerung brauchen, der wird der ohnedies nicht sehr starken Friedensbewegung wünschen, daß sie nicht zur Sekte werde, sondern eine politische Bewegung mit zweckmäßiger Taktik und wachsendem Einfluß bleiben möge.

Der Zeppelin gestartet

WTB Friedrichshafen, 11. Oktober.

Das Luftschiff Graf Zeppelin ist heute früh 7 Uhr 50 bei wolfigem, aber windstillem Wetter zur Fahrt nach Amerika aufgekliegen. Als das Schiff sich in die Höhe hob, brachen die Zuschauermassen in einen ungeheuren Jubel aus. Dr. Eckener erklärte dem Sonderberichterstatter des WTB, daß er zunächst Kurs auf Basel nehmen und dann die südliche Route im einzelnen bestimmen werde.

WTB Basel, 11. Oktober.

Das Luftschiff Graf Zeppelin hat um 9.33 Uhr das Gebiet der Stadt Basel erreicht. Es wurde von einem Flugzeug des Baseler Flugplatzes, das ihm entgegengeflogen war, begrüßt. Die Bevölkerung jubelte dem Luftschiff zu.

WTB Basel, 11. Oktober.

Nachdem das Luftschiff Graf Zeppelin das Gebiet der Stadt Basel überflogen hatte, nahm es scharfen Kurs nach Westen, der Burgundischen Pforte zu, begleitet von zwei Flugzeugen des Baseler Flugplatzes. Um 9 Uhr 40 Min. befand er sich bereits auf französischem Boden.

LU Newyork, 11. Oktober.

Die Meldung vom erfolgreichen Start des Graf Zeppelin wird solchen von allen größeren Newyorker Zeitungen in Extraausgaben auf den Straßen verbreitet. Die Nachfrage ist außerordentlich groß. Den Verkäufern werden die Extrablätter aus der Hand gerissen. Auf allen Verkehrsmitteln, in der Untergrundbahn und auf den Omnibussen ist der Zeppelinflug das Gespräch des Tages. Mienshalben haben sich kleine Gruppen gebildet, die das große Ereignis erörtern.

Englisches Weißbuch über das Flottenkompromiß

WTB London, 10. Oktober.

Das Kabinett hielt heute eine Sitzung ab, auf der es die Frage der Veröffentlichung der auf das englisch-französische Flottenabkommen bezüglichen Dokumente in Erwägung zog. Es wird jetzt bestätigt, daß die Veröffentlichung in Form eines Weißbuches erfolgen wird.

Sozialistenkonferenz über die Rheinlandfrage

Vernehmung Paul-Boncour

SPD Paris, 11. Oktober. (Radio.)

Der Parteivorstand der französischen Sozialistischen Partei hat beschlossen, eine Einladung an die belgischen und deutschen Bruderparteien zur Teilnahme an einer in Paris abzuhaltenden Konferenz über die Rheinlandfrage zu erlassen. In dieser Konferenz soll nochmals in feierlicher Entscheidung der Standpunkt der drei Parteien zur Frage der Rheinlandräumung festgestellt und versucht werden, auf dem Umwege über die öffentliche Meinung einen Druck auf die offiziellen Rheinlandverhandlungen auszuüben.

Gleichzeitig hat der Parteivorstand der französischen Sozialisten beschlossen, den Völkerbundsbefehlerten und Abgeordneten Paul-Boncour am 11. November über seine Rolle auf der letzten Tagung des Völkerbundes in Genf zu vernehmen, da sich die Stimmen innerhalb der Partei mehren, die den Abgeordneten beschuldigen, in Genf nicht nur die Prinzipien der Sozialistischen Internationale, sondern auch die wichtigsten Programmforderungen der französischen Partei verletzt zu haben.

Die Mitschuld am Whoebus-Standal

Nachdem die Untersuchung über die finanzielle Seite des Whoebus-Standals vom Reichsparlament vor einiger Zeit bereits abgeschlossen wurde, wurde auf Wunsch des Reichskanzlers die weitere, vom Reichstag geforderte Untersuchung nach den Mitverantwortlichen, die ersahspflichtig gemacht werden könnten, dem Staatssekretär Frißche übertragen. Wie die B. Z. am Mittag hört, hat Staatssekretär Frißche u. a. bereits mit Admiral Behne verhandelt. Unter den übrigen maßgebenden Persönlichkeiten, die über die Whoebus-Angelegenheit befragt werden sollen, befinden sich auch die früheren Minister Reinhold und Gessler.

Der Religionsteil in Mexiko. In Jalisco ist es zu neuen Zusammenstößen zwischen Regierungstruppen und Aufständigen gekommen, wobei die Aufständigen 300 Mann verloren.